

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festhalten nur wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Groß-Berlin 4,- M., bei anderen Postorten monatlich 4,50 M., bei Zustellung unter Umständen für Deutschland 4,50 M., für Ausland 7,50 M., per Post 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Druckerei: Die „Freiheit“ Druckerei, Kommanditgesellschaft, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hilfe für Petersburg.

Trozkis Zuversicht.

Amsterdam, 22. Oktober. Nach Robtson's englischer Blätter erklärte Trozki, die Armeen, die Petersburg verteidigen, hielt den ersten Schlag nicht aus und Petersburg sei mit der Gefahr Petersburg werde nicht fallen. Für seine Verteidigung werden im Lande genügend Kräfte gefunden. In der Zukunft glückte ein Kapazitätsbericht. Es seien Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen.

Von den bolschewistischen Fronten.

Göteborg, 21. Oktober. Die russische Nordwestarmee machte am der Küste Fortschritte, trotz aber bei Suikow (üblich von Petersburg) auf starken bolschewistischen Widerstand. In der Zukunft glückte ein Kapazitätsbericht. Es seien Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen.

Göteborg, 21. Oktober. Die finnische Regierung hat die Randstaaten benachrichtigt, daß Finnland an den Friedensverhandlungen mit Rußland nicht teilnehmen werde. Der Reichstag beschloß heute in geheimer Sitzung die Frage einer möglichen Teilnahme Finnlands am Kampf gegen die Bolschewisten.

Göteborg, 22. Oktober. Die Regierung hat auf eine Plenarberatung des Reichstages über die Teilnahme Finnlands an der Befreiung der Bolschewisten vorläufig verzichtet, nachdem eine Besprechung der Parteiführer keine sichere Mehrheit für das Unternehmen ergab.

Die Nordwestarmee behält die Einkünfte von Jaroslaw Selo und Pawlowsk. Das Bombardement von Kronstadt durch die englisch-französische Flotte sei von größter Wichtigkeit. In Petersburg wüthete der Terror. Die Bolschewisten erwiderten gegenwärtig die russische Luftstreitkräfte. Vor Petersburg dauerte der bolschewistische Widerstand an. Von Moskau seien mehrere Regimenter Verhärterung angelangt. In Krasnaja-Gorka befanden sich laut Aussage von Gefangenen fünf Regimenter und ein Rotosprengregiment.

H.N. Göteborg, 22. Oktober. Das Auswärtige Amt hat dem Obersten Rat der Alliierten mitgeteilt, daß Finnland sich mit der Blockade des Baltikums bezieht. Sowjetrußlands einverleiben erklärt.

Kwaloff winkelt.

Obert Kwaloff, Vermont hat Marshall Koch geholt, zu intervenieren, um unnützes Vergleichen von russischem Blut zu verhindern und gleichzeitig dringend um Entsendung einer Kommission zu seiner Armee ersucht. In seine Bitte schließt er einen Appell an Frankreich, ihm bei der endgültigen Verweisung des Bolschewismus und bei der Errettung seines Vaterlandes aus Anarchie und Elend zu helfen.

Nach Meldung aus Wien dauern die russisch-österreichischen Kämpfe fort. Die Russen beschossen den Ort und Wittertschhof von Wiga.

Zwangsvollherung gegen Arbeitslosigkeit in England.

Amsterdam, 22. Oktober. „The Times“ meldet, daß dem Parlament eine Vorstudie der „Times“ zufolge die britische Regierung einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage eines allgemeinen Vertrages vorsieht. Auf diese Weise hofft die Regierung, das schwierige Problem der Arbeitslosenunterstützung, das dem Wohlfahrtswort Geld kostet, zu lösen.

Beendigung des New-Yorker Hafnarbeiterstreiks.

London, 22. Oktober. Aus New York wird gemeldet: Die streikenden Hafen- und Transportarbeiter beschloßen, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses des Schiffahrtsamtes anzunehmen.

men und demzufolge heute früh die Arbeit wieder aufnehmen.

H.N. New York, 22. Oktober.

Der Präsident des Stahlwerks Gary erklärte, weder mit einem Schiedsgericht zur Beilegung des Streiks noch mit einem Kompromiß einverstanden sein zu können, da hierdurch die Industrie wesentlich geschädigt werden würde.

Beschwendung und Sparsamkeit.

Während der existierenden Bevölkerung von der Regierung gepöbeln wird, daß sie arbeiten, hungern und Elend gelassen müsse, damit das Deutsche Reich wieder zur alten Blüte gelangen könne, treibt dieselbe Regierung die unglaubliche Verschwendung mit Staatsmitteln. Wie in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, sollen für den Bau eines Hauses für den Herrn Reichspräsidenten 22 Millionen Mark ausgegeben werden, daneben noch 20½ Millionen Mark für den Bau eines Hauses für das Reichspräsidentenamt. Diese Ausgaben von 42½ Millionen Mark müssen sich mit den entsprechenden Unterhaltungskosten begründen, wenn sie nicht vollständig obdachlos werden wollen. Für den Präsidenten und für eine Behörde dagegen sollen jetzt die kostspieligsten Neubauten aufgeführt werden. Wenn schon der Präsident ein fürstliches Leben führen soll, so könnte doch dafür gesorgt werden, daß von den vielen Schlössern und anderen Gebäuden, in denen die Organisationen der Reichswehr und andere gegenrevolutionäre Unternehmungen untergebracht sind, für diesen Zweck ebenso wie für Wohnungssuchende Behäuden bereit gestellt werden!

In derselben Sitzung befaßte man sich mit den Vorgängen in den Spandauer Staatsbetrieben. Unsere Genossen Brühl und Hubert nahmen sich der Tausende von Arbeitern an, die dort aus Sparsamkeitsgründen entlassen worden sind. Sie kritisierten das System der „demokratischen“ Regierung, die es billigt, daß Arbeiter, die sich zur Unabhängigen Sozialdemokratie bekennen, nicht mehr in die Betriebe hineingelassen werden. Der Reichssozialist Stahl, der als Staatskommissar die Maßnahmen beantragt und gebilligt hat, bemühte sich vergeblich, die schweren Anschuldigungen gegen diese Politik zu entkräften.

Die deutsche Delegation zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Als Führer der deutschen Delegation der Washingtoner Arbeiterkonferenz ist der frühere Staatssekretär Dr. August Müller in Aussicht genommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird durch seinen 2. Vorsitzenden Grafmann vertreten sein. Auch die Christlichen und Kirch- und Arbeitervereine schicken je einen Delegierten. Als Sachverständige für die Arbeiterinnenfragen wird die rechtssozialistische Abgeordnete der Preussischen Landtagsversammlung Fräulein Sanna der Delegation angehören. Der Vertreter der Unternehmer ist noch nicht bestimmt; Herr v. Borzigt hat eine Teilnahme abgelehnt.

Internationaler Kongreß der Kriegsteilnehmer und Kriegsoffiziere.

Wie die „Sentinelle“, das sozialistische Organ der französischen Schweiz, mitteilt, hat die deutsch-französische und internationale Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer den Beschluß gefaßt, vom 15. bis 18. Dezember d. J. eine internationale Konferenz aller Kriegsteilnehmer und Kriegsoffiziere abzuhalten. Die Konferenz wird sich mit folgenden drei Fragen beschäftigen: 1. Die Internationale der Opfer des Krieges; 2. Internationale Aktion gegen den Militarismus; 3. Politische Aktion der ehemaligen Kriegsteilnehmer für die allgemeine Abrüstung. Das Sekretariat der genannten internationalen Vereinigung bittet alle sozialistischen, pazifistischen und antimilitaristischen Vereinigungen und Gruppen ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsoffiziere (Witwen, Waisen usw.) eine möglichst große Anzahl Vertreter zu der Konferenz zu entsenden und ihren Beitritt zur internationalen Vereinigung zu erklären. Zuschriften an das Sekretariat de l'Association Internationale des anciens combattants, Moulins, France, Case postale 866.

Unklarheiten und Widersprüche.

rd. Verhandlungen, wie sie gegenwärtig vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß geführt werden, sind nach Form und Inhalt so sehr wider den konservativen Geist, daß man es verstehen kann, wenn der deutsch-nationale Vorsitzende hin und wieder kein Unbehagen nicht ganz verbergen kann und bestimmte Fragen an den Zeugen am liebsten ausscheiden möchte. So meinte er gestern, es führe zu weit, wenn der Genosse Oskar Cohn das Verhalten der deutschen Militär- und Marineattachés in Amerika während des Krieges einer noch genaueren Prüfung unterziehe, obwohl doch die Umtriebe der Agenten, die im Dienste dieser Stellen standen, ungeheuer viel dazu beigetragen haben, das amerikanische Volk gegen Deutschland einzunehmen und damit die Friedensbemühungen Wilsons zu erschweren.

Aber auch wenn nicht alles gefragt wurde, was in diesem Zusammenhang hätte gefragt werden können, so haben doch die Untersuchungen genügend Material über die erwähnten Aktionen ergeben, und der Bericht des Abgeordneten Warmuth, die deutsche Regierung von der Schuld an Sabotagefällen usw. freizusprechen, sei eine Art von Sabotageakt. In der Bemerkung des Grafen Bernstorff, man wisse nicht recht, was unter der deutschen Regierung zu verstehen sei, entlastet wurde schließlich nur das Auswärtige Amt. Aber diesen ist ja auch niemals ein Vorwurf in dieser Richtung gemacht worden, da man nicht weiß, daß im Kleinen wie im Großen die politischen Stellen den militärischen untergeordnet waren.

Herr Warmuth machte dann noch einen weiteren Versuch, die deutsche Kriegspolitik zu rechtfertigen, indem er es als selbstverständlich hinstellte, daß man in Berlin stets eine Annexion Belgiens abgelehnt habe. Durch das Abspringen der Erörterung auf andere Gebiete wurde einstweilen eine Klärung dieser Auffassung, die das alte Spiel mit dem Begriff der Annexionen fortsetzt, unmöglich gemacht. Vielleicht bietet sich in dem weiteren Verlauf Gelegenheit, darauf zurückzukommen, wenn auch kaum zu erwarten ist, daß solche Rückfälle in die Denkweise der Kriegsjahre besonders Unheil anrichten können. Zu allem Überflus hat ja der ehemalige deutsche Botschafter in Washington keinen Zweifel daran gelassen, daß Wilson die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens jederzeit als die selbstverständliche Vorbedingung eines Friedensschlusses betrachtete, und daß er diese Bedingung durch die Antwort, die auf seine Note vom Dezember 1918 ergangen ist, keineswegs als erfüllt ansehen konnte.

Diese Note, ihre Vorgeschichte und ihr Sinn stand am Dienstag im Mittelpunkt der Debatte. Bislang aber sind noch eine Reihe von Fragen, die mit ihr zusammenhängen, völlig ungeklärt, und man wird die weitere Vernehmung des Grafen Bernstorff sowie die Aussagen des Herrn von Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs Zimmermann abwarten müssen, bevor man ein zuverlässiges Bild gewinnt. Noch wissen wir nicht, worum der Friedensnote Wilsons der Stein des deutschen Friedensangebotes in dem Weg gewälzt worden ist. Noch ist es durchaus unklar, ob Deutschland mit der Antwort, die es am 23. Dezember 1918 an Amerika richtete, den Vermittlungsversuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten endgültig abturn wollte, oder ob es noch auf weitere Anregungen von dieser Seite wartete.

Bernstorff hat heute eine andere Auffassung der Dinge als seinerzeit in Amerika. Damals glaubte er, die deutsche Regierung lehne nur eine Einmischung Wilsons in die territorialen Auseinandersetzungen zwischen den kriegführenden Mächten ab. Jetzt aber ist er nach dem Studium der Akten und nach einem vor einigen Wochen veröffentlichten Brief Hindenburgs davon überzeugt, daß die deutsche Regierung von weiteren Bemühungen Amerikas um den Frieden überhaupt nichts wissen wollte.

Als er diese Auslässe macht, geben Bethmann und der überlegene lächelnde Gelferich durch deutliche Zeichen des Mißfallens zu verstehen, daß Bernstorffs Ansicht unbillig ist. Aber der geschickt operierende Einzelhändler bringt ein Telegramm vom 16. Januar 1917 zur Verlesung, in dem dem Staatssekretär Zimmermann mitgeteilt wird, daß der Kaiser gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot lege. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen. Außerdem existiert eine Neuherausgabe Zimmermanns vom 6. Februar, die sich recht abfällig über Wilsons Bemühungen äußert, daß sein Einfluß ja doch gegen Deutschland in die Waagschale gefallen sein würde.

Man darf gespannt sein, wie der frühere Kanzler die Dinge darstellen wird. Vielleicht wird sich auch bei dieser Gelegenheit wieder ergeben, daß zwei Strömungen nebeneinander herlaufen, eine politische und eine militärische.

Soviel steht jedenfalls fest, Bernstorff hat die pessimistische Meinung, Zimmermanns nicht geteilt und teilt sie auch heute nicht. Er erklärt ohne Umschweife, daß er die amerikanische Vermittlung angenommen haben würde, daß er Wilson für einen ehrlichen Makler gehalten hat und heute noch hält, und aus seinen Worten klingt deutlich das Bedauern hervor, daß Deutschland damals seine Friedensbedingungen nicht bekannt gegeben hat.

Vertraulich sind ihm diese Bedingungen freilich mitgeteilt worden, aber es geschah erst am 29. Januar 1917, das heißt an demselben Tage, als ihm der Entschluß zur Durchführung des rücksichtslosen U-Bootkrieges mitgeteilt wurde. Er konnte von ihnen keinerlei Gebrauch mehr machen, und sie hätten in diesem Moment auch völlig wirkungslos bleiben müssen.

Es erhebt sich dann eine weitere sehr wichtige Frage. Was das, was man ihm am 29. Januar mitteilte, überhaupt noch gültig, oder enthielt das Telegramm nur jene Forderungen, die Deutschland gestellt haben würde, wenn die Entente auf sein eigenes Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 eingegangen wäre. Einzelheimer als Referent stellt schon jetzt fest, daß die Bedingungen, über die man Wilson unterrichtete, nicht mit jenen übereinstimmen, auf die sich Bethmann und der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen in den Besprechungen, die dem deutschen Friedensangebot vorausgegangen waren, geeinigt hatten.

Sie rufen Widerstände, die hoffentlich durch die weitere Untersuchung geklärt werden. Sie sind sicher bedeutungsvoller als die Punkte, auf die der nationalsozialistische Sachverständige Professor Dietrich Schäfer die Aufmerksamkeit zu lenken sucht. Dem ist es darum zu tun, Wilsons Vermittlerfähigkeit zu diskreditieren und den Nachweis zu erbringen, daß er für Deutschland unerfüllbare Forderungen aufgestellt und unterläßt habe. Ihm ist der Präsident der Vereinigten Staaten schon deshalb verdächtig, weil er nach seiner Meinung einen Sieg Deutschlands nicht zugestehen haben würde.

Man kann sich eines Lösels nicht erwehren über einen Mann, der heute noch von diesem Standpunkte aus an die amerikanischen Friedensbemühungen herangeht. Er hat in seiner Gesandtschaft die Ereignisse der letzten Jahre verschlafen und operiert mit Argumenten, die denen angepaßt waren, die in den fröhlichen Wintertagen 1916/17 an den Sieg Deutschlands über die ganze Welt glaubten. Er sieht auch in einem bemerkenswerten Gegenatz zum Grafen Bernstorff, der für sich bekennet, daß ihm damals die militärischen Erfolge Deutschlands nicht von ausschlaggebender Bedeutung erschienen hätten.

Es ist eine Fülle von Zweifeln und Unklarheiten, die die Untersuchungskommission so noch aus der Welt zu schaffen hat. Ihre Arbeit wird nicht so schnell beendet sein können, als es einige ihrer Mitglieder ursprünglich wohl geglaubt haben. Ein weiteres Anzeichen ist zu sehen, und wenn wirklich das deutsche Volk reiflos darüber unterrichtet werden soll, wie es von 1914—1918 regiert und geleitet worden ist, so wird noch eine mühselige Arbeit zu leisten sein. Vielleicht legt sich der Ausgang einmal die Frage vor, ob die Bekämpfung auf eine möglichst vollständige Störung angelegt des gesamten Materials genügt.

Der Sitzungsbericht.

Nach den Verhandlungen über die Sabotageakte deutscher Militär- und Marinebehörden in Amerika, über die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe berichteten, kommt es zur Besprechung über das

Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.

Abg. Dr. Einzelheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als Zeichen der Schwäche betrachtet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Friedensangebot nicht nur dem Auswärtigen Amt, sondern in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Exekutive verhandelt worden ist?

Graf Bernstorff: Wie ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden; irgendwelche Aufträge waren an diese Mitteilung nicht geknüpft.

Abg. Dr. Einzelheimer: Auf Grund der Akten stelle ich dann fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember in voller Übereinstimmung mit der Obersten Exekutive zustande gekommen ist, daß die Oberste Exekutive an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Übereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Herr Wurmuth: Wir kommen nunmehr zu der Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot

Graf Bernstorff: Wilson hielt trotz unseres Friedensangebotes an der Friedensvermittlung fest. Das Wilsonsche Angebot erregte gerade deshalb so großes Aufsehen in Amerika, weil es direkt auf unser Angebot folgte, so daß der Anschein erwacht wurde, als sei Wilson dadurch ermuntert worden. Insofern hätte Wilson in seine Räte aufgenommen, daß sein Angebot nicht mit dem deutschen Angebot zu tun hätte, daß es vielmehr schon vor längerer Zeit beabsichtigt gewesen ist. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als absolut angesehen. Die ganze Presse schrieb in diesem Sinne und die Stimmung in Washington war ebenso. Ich habe dann Lansing gefragt, wie er sich den weiteren modus procedendi vorstelle. Ich habe darüber mit ihm eine eingehende Unterredung gehabt. Nach meiner jetzigen Kenntnis von den Dingen bin ich der Auffassung, daß ein Widerspruch herrsche zwischen dem deutschen Antwort auf Wilsons Räte und meinen Auffassungen. Ich habe damals angenommen, daß die deutsche Antwort sagen sollte, daß wir eine Friedensvermittlung insofern wünschten, daß eine Konferenz zustande käme, auf der verhandelt werden sollte. Ich habe aber nicht angenommen, daß damit die Wilsonsche Friedensvermittlung beendet werden sollte. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden.

In meiner jetzigen Auffassung bin ich vor allem gekommen durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt, in dem gefragt wird, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände.

Herr Wurmuth: Voraus schicken Sie, daß die deutsche Regierung von einer Friedensvermittlung Wilsons nichts wissen wollte? In dem Wilsonschen Friedensangebot heißt es doch ausdrücklich, es solle kein Frieden vorgeschlagen werden, es liege nicht einmal eine Vermittlung an, sondern wolle nur das Terrain sondieren? Dann leuchtet für die deutsche Regierung doch kein Anlaß, diesen Schritt als eine Friedensvermittlung aufzufassen. Wie kommen Sie dazu, die deutsche Regierung die Absicht zu unterstellen, daß sie einer Friedensvermittlung abgeneigt war?

Graf Bernstorff: Ich habe die Räte Wilsons als Friedensvermittlung deshalb angesehen, weil sich dies mit Notwendigkeit aus früheren Ereignissen ergab. Die Räte war abgesehen unsicher und leitend gehalten, um eine Abklärung unmöglich zu machen. Hätte Wilson diese Friedensangebote, er wäre abgelehnt worden. So aber war eine Ablehnung tatsächlich nicht möglich. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Räte vom 12. Dezember nichts änderte an dem Verhalten unserer Regierung, und daß nur gesagt werden sollte, daß wir eine Einmischung Wilsons in territoriale Fragen nicht wünschten. Heute bin ich aber anderer Auffassung als damals.

Herr Wurmuth: Wilson legte auf die Mitteilung der Friedensbedingungen also seinen ausschlaggebenden Wert, so daß die deutsche Regierung solcher Bedingungen kein Hindernis für den Frieden bedenten konnte?

Graf Bernstorff: Aber Wilson hat natürlich geglaubt, daß wir schließlich unsere Bedingungen mitteilen würden.

Abg. Dr. Einzelheimer: Gegenüber dem Abg. Wurmuth stelle ich fest, daß das Verhalten der Räte Wilsons vom 12. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden ist, konkrète Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Räte, die als Antwort auf dieses Ersuchen erfolgt ist, wird aber die Bitte Wilsons um Bekanntgabe der Friedensbedingungen überhaupt nicht erwähnt. Demnach telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nunmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen.

Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Abg. Dr. Einzelheimer: Auf die Übermittlung dieser Bitte Lansing antwortete Staatssekretär Zimmermann am 2. Januar, also zwei Tage vor dem U-Bootkrieg, Graf Bernstorff möge diese Frage dilatorisch behandeln.

Graf Bernstorff: Aus diesem Wort habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte, wie bisher.

Abg. Dr. Einzelheimer: Sie sprachen vorhin von einem Telegramm des Kaisers. Dieses Telegramm ist vom 16. Januar 1917 datiert und an den Staatssekretär Zimmermann gerichtet. Darin heißt es wörtlich: „Es sei die Absicht, das Ergebnis für die Auslandskreise.“ Zum Telegramm bemerkt Seine Majestät,

daß allerdings dieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.

(Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jetziger Veröffentlichungen sind Sie also zu der Auffassung gekommen, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns bejaht werden sollte?

Graf Bernstorff: Jawohl.

Herr Wurmuth: Damals hatten Sie diese Auffassung aber nicht und auch die Justizaktion lautete anders.

Graf Bernstorff: Ich habe die Instruktionen so verstanden, daß wir die Wilsonsche Vermittlung weiter wünschen.

Professor Bonn: Ich kann feststellen, daß also die Äußerungen des Kaisers und der Staatssekretär Zimmermann nach Washington nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind (Graf Bernstorff bezieht). Damit schließt die Möglichkeit, von Ihnen Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen zu erhalten, aus.

Graf Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Damals nahm ich die Räte als eine Fortsetzung der Friedenspolitik an, während ich heute noch dem Stande der Veröffentlichungen annehme, daß diese Räte die Friedensvermittlung Wilsons beenden sollte. Ich habe die Räte damals bedauert, weil sie mir nicht genügend entgegenkommen zu sein schienen.

Herr Wurmuth: Sind Ihnen die konkreten Friedensbedingungen vor dem 22. Januar mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Nein.

Herr Wurmuth: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nicht konformen Form mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Mit Ausnahme des Telegramms, in dem gesagt wird, daß Belgien nicht anerkannt werden soll, nicht.

Herr Wurmuth: Es ist immer gesagt worden, die Friedensbedingungen seien maßvoll gewesen im Gegensatz zu den unvernünftigen Forderungen der Entente.

Graf Bernstorff: Es waren sehr maßvoll. In Amerika fragte man sich, warum die Friedensbedingungen nicht bekanntgegeben wurden. Ich empfinde, sie würden, da sie so maßvoll waren, im Gegensatz zu den Forderungen, den Eindruck der Schwäche hervorzurufen. Lansing erwiderte mir, daß verstände er nicht, warum wir nicht ebenfalls forderten wie die anderen. Man sieht sich dann auf der Mitte einigen.

Professor Bonn: Dränge nicht nur die amerikanische Meinung, sondern auch die öffentliche Meinung sehr stark auf eine Annahme der Friedensbedingungen?

Graf Bernstorff: Die ganze Presse besonders. Jeder erregte es.

Professor Bonn: Die amerikanischen Zeitungen versuchten, sich Vorbehalten über die Friedensbedingungen zu machen.

Graf Bernstorff: Jede Zeitung beanspruchte, Informationen zu haben. Ich kann kategorisch erklären, daß ich in Amerika niemals offiziell die deutschen Bedingungen vor dem 29. Januar 1917 genannt habe. Ich habe wohl in der Unterhaltung davon gesprochen, aber niemals bestimmte Bedingungen genannt.

Herr Wurmuth: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht?

Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verstorbenen U-Bootkriegs.

Herr Wurmuth: Das waren doch die Bedingungen, wie sie gewesen wären, wenn das Angebot vom 12. Dezember angenommen würde. Die Auffassung, als ob es danach mit Friedensvermittlungen vorbei wäre, ist nicht richtig. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir den Präsidenten baten, seine Bemerkungen zurückzugeben und daß wir zur Einstellung des U-Bootkriegs bereit wären, sobald seine Verleugung einen Erfolg versprächen.

Herr Wurmuth: Bezog sich die Erklärung Lansing über die Friedensbedingungen, daß sie zu maßig seien und man sich auf der Mitte einigen müsse, auch auf Belgien?

Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen.

Abg. Dr. Einzelheimer: Ich habe die Friedensbedingungen, die am 23. Januar Wilson mitgeteilt wurden, und die sich auf das Angebot vom 12. Dezember beziehen, nicht den Bedingungen in den Akten entsprechen.

Herr Wurmuth: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember überreicht wurden?

Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen haben die Friedensbedingungen damals keine Rolle mehr gespielt, da ich sie am selben Tage erhalten habe wie die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs, und da damit der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ausgesprochen war.

Herr Wurmuth: Erklären die mitgeteilten Bedingungen als maßvoll?

Graf Bernstorff: Ich habe sie für maßvoll gehalten. Ich legte aber keinen Wert mehr darauf, da ich wußte, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden.

Herr Wurmuth: Dachte Wilson, als er von den kleineren und schwächeren Völkern sprach, die er schützen wolle, nur an Belgien oder auch an Griechenland?

Graf Bernstorff: Ich persönlich nehme an, daß er Belgien meinte.

Es wird dann die Frage der Entente-Ablehnung

zur Verhandlung gestellt.

Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit dem Vertreter des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, so habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen betrachte. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, und zum U-Bootkrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Professor Bonn: Sie erwähnten, von amerikanischer Seite sei gesagt worden, die Entente versuche, durch unzulässige Friedensbedingungen und in eine U-Boot-Falle zu locken. Hätten Sie mit dieser allgemeinen Bemerkung eine bestimmte Persönlichkeit im Auge?

Graf Bernstorff: Ich habe bei den Verhandlungen mit Oberst House etc. alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Da ist über die Auffassung laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren, um so den europäischen Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Professor Bonn: Das sind Äußerungen des Obersten House?

Graf Bernstorff: Ja. Ich habe in der öffentlichen Meinung alle Bedenken in Bewegung gesetzt, um die Friedensbedingungen Wilsons zu fördern. Das muß ich betonen, weil in einem Teil der deutschen Presse Angriffe gegen mich erhoben wurden, ich betriebe eine gute Politik gegen die Regierung.

Herr Wurmuth: Vom Staatssekretär Zimmermann ist Ihnen mehrfach nahegelegt worden, einen energischen Druck Wilsons auf England zu veranlassen, namentlich für ein Ausdrückverbot. Sie sollten daraufhin erklären, daß Sie nicht gut möglich, weil Wilson grundsätzlich auf den amerikanischen Handel zu setzen habe. Müßte die Rücksicht auf den Handel zurücktreten gegenüber der viel wichtigeren Frage des Friedens?

Graf Bernstorff: Die Interessen des Handels sind gleichbedeutend mit denen der Republik. Die Entente hätte sich wesentlich geändert als Wilson wiedergewählt worden war, und zwar auf Grund des Programms, den Vereinigten Staaten zu weichen und die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten zu erheben. Unter Kriegserklärung war nicht nur die Ermächtigung der Flotte, sondern auch die Schaffung einer starken Flotte und besonders einer großen Handelsflotte zu verstehen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr gegen einen für uns günstigen Frieden feindlich gestellt wie früher.

Abg. Einzelheimer: Hat die Beurteilung der Frage, ob auch abseits eine Friedensmöglichkeit bestand, ist von Wichtigkeit zu erfahren, ob die eheliche Handlung vorhanden war, daß die Entente auf die Friedensvermittlung Wilsons eingegangen würde.

Graf Bernstorff: Das eine positive Bählungsmaßnahme hätte sein können, nehme ich an, beizubehalten, es es aber nicht. Wilson hätte mir immer sagen lassen, er würde die Friedensvermittlung nur vornehmen, wenn begründete Aussicht auf Erfolg vorhanden sei.

Abg. Einzelheimer: In letzter Zeit wurde Präsident Wilson im Senat in ein Kreuzverhör genommen und gefragt, ob, wenn wir nicht den unbeschränkten U-Bootkrieg eingeschlagen hätten, Amerika doch in den Krieg mit und ohne uns eingetreten wäre. Darauf soll er bejahend geantwortet haben. Welche Bedeutung schrieben Sie dieser Äußerung zu?

Graf Bernstorff: Diese Frage führt auf das Gebiet der Spekulation. Unter meinem Eide kann ich nicht sagen, was Wilson behauptet hat. Die Frage an Wilson lautete noch meiner Erinnerung: Herr Präsident, glauben Sie, daß unsere unbedingte Auflösung über die deutsche Schuld am Krieg uns auch im den Krieg hineingezogen hätte, wenn Deutschland nicht unsere Interessen und unseren Handel in unredlicher Weise angegriffen hätte? Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich höre es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingezogen wären, heißt wenn Deutschland sich nicht speziell gegen uns verhalten hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an. Meine Antwort geht dahin, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und uns gleichbedeutend mit der Kriegserklärung sei, die vielleicht noch einige Wochen hätte auf sich warten lassen. Sie war aber die unbedingte Folge. In dem Augenblick, wo unsere Botschaft in Washington eingeschaltet war, waren wir der deutsch-feindlichen Propaganda gegenüber wehrlos.

Herr Wurmuth: Es wird nötig sein, den englischen Text über die Vorgänge im Senat hier vorzulegen.

Es wird beschlossen, den englischen Text in der morgigen Sitzung zu verlesen und diese Aussprache jetzt zurückzustellen.

Professor Bonn: Ist Ihnen bekannt, daß Wilson durch den Erfolg seines Friedensangebotes in den Bereich leidenschaftlicher Deutschfreundlichkeit gekommen ist? Bei dieser Gelegenheit soll Staatssekretär Lansing einmal nicht unbedenklich ausgesprochen sein bei dem Bestreben, die Sache etwas zu ehnen. Er soll in Erinnerung gesagt haben, der Präsident habe das machen müssen, wenn der U-Bootkrieg kommt, so bedeutet das den Krieg mit Deutschland, und der Präsident wolle keinen Krieg. Eine ähnliche Äußerung soll Gerard schon auf dem Schiffe gemacht haben gegenüber einem Vertreter der „New-Hork World“.

Graf Bernstorff: Wilson wollte einen Augenblick abwarten, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Andererseits wußte er, daß die Entente mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg rechnete. Deshalb hat er immer gesagt, er habe keine Friedensvermittlung an, solange irgendwelche Kontroverse mit Deutschland vorhanden sei.

Herr Wurmuth: Wilson galt doch immer als der Mann, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintritt. Hat Wilson sich über diese rein menschlichen Gesichtspunkte geäußert?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist von mir häufig bedacht worden, so bei der „Vollmacht“ und der „Süßer“-Frage. Die Hungerblockade hielt er für illegal.

Abg. Einzelheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Graf Bernstorff: Ja.

Abg. Einzelheimer: Sollte es ein Frieden zugunsten der Entente sein?

Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar, ein Frieden ohne Sieg sollte erreicht werden;

ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung in vollem Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Makler.

Herr Wurmuth: Im Sommer 1916 hat Wilson sich eine ganze Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art, so gegen die Schwarzen Listen, bewilligen lassen. Wir müssen festhalten, ob er versucht hat, sich damit wirtschaftliche Räumlichkeiten gegen die Alliierten zu schaffen. Die Räte Wilsons am 22. Januar ist als ein besonders feindseliger Akt anzusehen, denn die Räte wurde schon vorher nach Europa telegraphiert. Kann zuvor erzählt ich die Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet werde. Ich versuchte, im letzten Augenblick noch einen Aufschub zu erreichen. Als ich die Mitteilung überbrachte, wußte er schließlich noch nichts davon.

Auf eine Anfrage des Dr. Einzelheimer erklärt Graf Bernstorff:

Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtretung deutschem Gebietes und zugunsten der Entente war.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen und am Donnerstag im gleichen Saale vertagt.

Der Metallarbeiterstreik.

Bericht der Streikleitung.

Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht nehmen ihren Fortgang. Die Eingruppierung der einzelnen Kategorien gestaltet sich sehr schwierig, so daß mit der Beendigung der Einreichung aller Branchen und Gruppen in dieser Woche kaum zu rechnen sein wird. Es finden aus diesem Grunde Parallelverhandlungen zwischen den Verhandlungskommissionen des Verbandes der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband statt. Der Hauptzweck dieser Verhandlungen ist, eine Basis zu finden, nach welcher die Wiederaufnahme der Arbeit in Angriff genommen werden kann.

Die Unternehmer zeigen Neigung, bei den Wiedereinstellungen willfürlich zu verfahren. Ganz besonders die Funktionäre, Arbeiterausschüsse und Betriebsräte sollen nicht, wie es von unserer Seite gefordert wurde, zuerst eingestellt werden. Wir werden an dieser Forderung festhalten, weil es nach unserer Meinung unbedingt notwendig ist, daß die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse über die Art der Wiedereinstellung in den Betrieben mitbestimmen.

Die Unternehmer versuchen auch auf andere Art, die Geschlossenheit der Streikenden zu durchbrechen. So werden jetzt Postkarten an die Arbeiter versandt, in denen sie zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert werden. Wir fordern unsere Kollegen erneut auf, sich durch derartige Mittel nicht irreleiten zu lassen, und erklären nochmals ausdrücklich, daß in keinem Betriebe auch nur ein Kollege die Arbeit ohne Zustimmung der Fünfschneider-Kommission aufnehmen darf. Jeder Kollege, der anders verfährt, müßte als Streikbrecher betrachtet werden. Wir erklären aber mit Genehmigung, daß von den circa 100000 in A u s t r i a u n d b e f i n d l i c h e n Kollegen sich noch niemand gefunden hat, der den Bemühungen der Unternehmer zum Opfer gefallen ist. Die Kampffront der Berliner Metallarbeiter ist nach wie vor eine geschlossene.

Die Verhandlungen.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß werden heute um 11 Uhr vormittags fortgesetzt. Es kommen heute folgende Gruppen zur Verhandlung: Feigler und Maschinisten vormittags 11 Uhr, Transportarbeiter mittags 12 Uhr, Metallendreher nachmittags 3 Uhr, Eisendreher nachmittags 4 Uhr.

Am Freitag wird über die Einreichung folgender Gruppen verhandelt: Schlichterarbeiter vormittags 10 Uhr, Gärtler und Drücker vormittags 11 Uhr, Metallschleifer und Galvanisierer mittags 12 Uhr, Eisenkonstruktionsbetriebe nachmittags 3 Uhr, Eisenformer und Berufsgenossen nachmittags 4 Uhr.

Die Verhandlungskommission, deren Gruppen am Freitag zur Verhandlung kommen, werden ersucht, am Donnerstag nachmittags, nämlich um 3 Uhr, im Arbeitsnachweis im Verbandsbause, Linienstr. 88-89, zu erscheinen.

Das Metallkartell. Die Fünfschneider-Kommission.

Achtung, Metallarbeiter!

Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Verwertungsgesellschaft findet heute nachmittags 3 Uhr in der Wagenhofstr. 10, im 1. Stockwerk, im Saal des Hotel „Zur See“, statt. Tagesordnung: Bericht über die gegenwärtige Lage.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Obseus und Streikleiter, die nicht im Besitze der Vertrauensamtenkarte sind, zur Generalversammlung keinen Zutritt haben.

Die Ortsverwaltung.

Unterstützung der Metallarbeiter.

Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat den streikenden Metallarbeitern eine Unterstützung von 25000 M. bewilligt. Der Textilarbeiterverband ist die erste Gewerkschaft, die den kämpfenden Metallarbeitern aus der Zentralkasse eine direkte Zuwendung gemacht hat.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Vom Metallarbeiterverband wird und geschrieben: Die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Beendigung des Metallarbeiterstreiks. Man wundert sich, daß trotz der stattfindenden Verhandlungen die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen wird. Das Erlaunen über diese Tatsache ist durchaus begreiflich, wenn man bedenkt, daß beide Parteien erklärt haben, sich den Sprüchen des im Reichsarbeitsministerium tagenden Schlichtungsausschusses zu unterwerfen. Es lohnt sich, zu untersuchen, warum die Arbeit noch nicht aufgenommen wird, trotzdem zum Teil überaus wichtige Industriezweige durch das weitere Verzögern der Arbeitsaufnahme lahmgelegt werden, bzw. direkt vor einer Katastrophe stehen. So ist z. B. die Berliner Straßenbahn nach ihrer Mitteilung genötigt in den nächsten Tagen ihren gesamten Betrieb einzustellen, wenn es ihr nicht gelingt, Kupferdraht und den Schweißweider Betrieben die infolge des Streiks fehlenden, zu bekommen.

Es haben nun zwar schon Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden. Eine Vereinbarung über die Arbeitsaufnahme ist noch nicht erfolgt, weil die Arbeitgeber sich erst im Kreise ihrer Verbandsorgane über die Wünsche der Arbeiter unterhalten wollen.

Die Vertrauenspersonen der Metallarbeiter erklären, könne die Arbeit unter keinen Umständen eher aufgenommen werden, als nicht durch Vereinbarung sichergestellt sei, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden. Man wäre bereit, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, wenn vereinbart würde, daß alle bisher Beschäftigten wieder eingestellt würden. Ueber die Reihenfolge der Wiederaufnahme der Arbeit der einzelnen Gruppen muß die Betriebsleitung sich mit dem Arbeiterausschuß, bzw. Arbeiter- oder Betriebsrat verständigen. Neueinstellungen betriebsfremder Arbeiter dürfen erst nach erfolgter Wiedereinstellung bisher Beschäftigter erfolgen.

Diese durchaus berechtigten Forderungen stoßen bei den Herren der Berliner Metallindustrie auf Widerstand! Insbesondere wollen die Arbeitgeber die Mitglieder der bisherigen Arbeiterausschüsse bei der Einstellung nicht mitwirken lassen. Jeder mit der Industrie Vertraute muß ausgeben, daß der

ganz unvorbereitete Standpunkt der Metallindustriellen die schwersten Gefahren für die weiteren Verhandlungen im Arbeitsministerium mit sich bringt, im weiteren jedoch geeignet ist, noch weitere schwere, ja ganz unendliche Schädigungen des Wirtschaftsliebens herbeizuführen.

Man müßte also erwarten, daß auch bei den Herren Arbeitgebern bald die Einsicht Platz greift, daß es jetzt an der Zeit wäre, einen Modus der Wiedereinstellung zu vereinbaren, der weitere Schäden am Volkserbe verhindert.

Achtung! Arbeiter-Betriebsräte der gesamten Bau- und Stein-Industrie Inserat beachten!

Ankündigungen.

Die für heute nachmittags festgesetzte Vertrauensmännerkonferenz der Hobler, Bohrer, Stoher, Fräser findet wegen der zu gleicher Zeit festgesetzten Generalversammlung nicht statt.

A. Friker, Oberschneide, Freitag, den 24. d. M., nachm. 2 Uhr, Betriebsversammlung, Taborstr. Waldschloß, Schütte u. Deichen, Donnerstag nachm. 2 Uhr wichtige Betriebsversammlung im Streiklokal, Dasselbe Cautungen unterschreiben.

Achtung! Schwarzkopff-Arbeiter, Betriebsversammlung am Freitag, den 24. d. M., nachm. 2 Uhr, in den Sophienböden, Vertrauensleute um 12 1/2 Uhr.

Maschinenfabrik Oberschneide, Sonnabend nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung und Auszahlung in Kobber's Waldschloß.

Fortung-K. O., Richtenberg, Am Donnerstag, den 23. d. M., 10 Uhr, Cautungen unterschreiben. Am Freitag, den 24. d. M., um 11 Uhr Versammlung aller Kollegen; anschließend Auszahlung des Streikgeldes. Erscheinen aller erforderlich.

Kutowert-Stemmelstadt, Betriebsversammlung am Sonnabend, den 25. d. M., vormittags 11 Uhr, bei Kant. Bergstraße. Anschließend Auszahlung.

G. P. Giers u. O. u. Glaswerk Zandlinger, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung des Gesamtwerkes im „Schloßpark“ Seglitz. Alle Kollegen und Kollegen sind verpflichtet, daran teilzunehmen.

Stempelbetriebe, Freitag, den 24. Oktober, nachm. 2 Uhr, Versammlung bei Meyer, Cranenstr. 170. Bericht über die Streiklage. Kontrollkarte legitimiert.

Für sämtliche freientenden und ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen der R. G. O. Turbine findet Donnerstag, 1. Uhr nachmittags, im Klostergarten Plohnsee die Betriebsversammlung statt. Die Auszahlung der Streikunterstützung für die Nummern 580-590 findet Donnerstag von 9-12 Uhr im Streiklokal statt.

Hüttenwerk A. Meyer, Tempelhof, Streikversammlung am Donnerstag, 23. Oktober, 2 Uhr, bei Spielber, Tempelhof, Berliner Straße 77. Auszahlung des Streikgeldes und Abgabe der Stempelkarten wegen Extra-Unterstützung.

Bergmann-Berlin, Für die bis Mittwoch, den 22. Oktober, mittags 12 Uhr, unterschriebenen Cautungen findet die Auszahlung am Donnerstag, den 23. Oktober, bei Raj. Rajitz, 12, wie folgt statt: 1-300 von 8-9 Uhr, 301-700 von 9-10 Uhr, 701-1000 von 10-11 Uhr, 1001-1400 von 11-12 Uhr, 1401 bis 1800 von 12-1 Uhr, 1801-2300 von 1-2 Uhr, 2301-2900 von 2-3 Uhr, 2901-3400 von 3-4 Uhr, über 3400 von 4 bis 5 Uhr. Die Auszahlungen für Nachzügler findet am Freitag, den 24. Oktober, von 9-12 Uhr im Streiklokal statt. Freitag nachmittags 3 Uhr Betriebsversammlung in den Pharusböden.

Messei-Schwarzkopff, Wildau, Sonnabend vorm. 9 Uhr Versammlung und Jubiläum.

Karlshof, Freitag, 12 Uhr mittags, in Neubert's Bierhallen, Warschauer Straße 48/44, Cautungen unterschreiben und Stempelkarten abgeben.

Edertwerke, Freitag, mittags 12 Uhr, in der Bürgerheimstraße (Turnhalle), Betriebsversammlung. Voraussichtlich Auszahlung der Streikgelder.

Wernerwerk Siemens u. Holste, Sämtliche Streikende müssen Freitag in ihren Stempelkarten die Cautungen unterschreiben. Nur auf unterschriebene Cautungen wird ausgezahlt.

Kesselhäuser, Gasanstalt, Generatoren R. W. O., sowie sämtliche Mitglieder des Maschinen- und Feigerverbandes, die sich im Streik befinden, Bezirk Oberschneide und Stempelkarte 27, nicht Donnerstag vorm., sondern Freitag, vorm. 10 Uhr, Auszahlung der Extraunterstützung und Betriebsversammlung im Streiklokal.

Reinbau Zirkens-Schudert, Heute, Donnerstag, Cautungen unterschreiben und alle Streikarten spätestens bis Freitag um 12 Uhr abgeben wegen der Extraunterstützung von 10 M. Auszahlung Sonnabend, von 11-3 Uhr, in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten. Vertrauensleute: Donnerstag, pünktlich 12 Uhr, im Streiklokal.

A. Borst, Tege, Freitag, nachm. 2 Uhr, in Hartmann's Brauerei, Reinholdsdorf-West, Betriebsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich. Legitimationskarten sind mitzubringen.

R. V. O., Freitag, nachm. 2 Uhr, in Wörners Blumenanlagen, Oberschneide, Betriebsversammlung. 12 Uhr: Funktionärsitzung im Bürger-Park.

Die Landwirte als Landesvertreter.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Koblenz berichtet: Die erste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten veranlaßt den Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von Stoll, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsklassen zu einer Konferenz in Koblenz zusammenzurufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate decken könnten, daß aber die Landwirte sich weigern, ihre Ablieferungspläne zu erfüllen und das Getreide an die Schleichhändler zu Marktpreisen abzugeben. Der Schmuggel von deutschem Getreide über die Westgrenze habe einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Tausendweise in langen Automobildügen gehe aus den Kreisen Weidern und Glere das Getreide nach Holland und kommt zu unvorstellbar hohen Preisen als Auslandsweizen oder Heroin. Die deutschen Behörden seien machtlos, da ihnen die Vertretung der Zollkontrolle fehle. Die Schmuggler-automobile hätten zum größten Teil von Angehörigen der Besatzungsbarmen begleitet. Aus diesen Umständen entstehe die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden

Vorrat von Weizen Getreide laßte. Um praktische Maßnahmen zur Behebung der Notlage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende Schieber- und Wucherium zu finden, wurden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit den Besatzungsbehörden über die geeigneten Dispositionen ins Einvernehmen setzen sollen.

Und diese Gesellschaft wagt anderen Landesverrat vorzutreiben und wird darin von den Reichsorganen unterstützt!

Rechtfertigung des Verfassungsbruchs.

Zum Belagerungszustand über Schmalladen.

Auf unsere eingehende Feststellung des unerhörten Verfassungsbruchs, der durch die Verhängung des Belagerungszustandes über Schmalladen durch die militärischen Stellen verübt wurde, veröffentlicht die V. P. R. folgende Erklärung:

„Zum Belagerungszustand in Schmalladen ist seitgestellt, daß gemäß Art. 48 der Reichsverfassung, Abs. 4, bei Gefahr im Verzuge die Landesregierung den Belagerungszustand verhängen kann. Auf Grund der aus Schmalladen eingegangenen Nachrichten war dies für Schmalladen durch die preussische Staatsregierung als nötig befunden worden. Daraufhin hat der Kommandeur der in Schmalladen eingerückten Formationen der Reichswehr die erforderlichen Maßnahmen getroffen.“

Diese Darstellung ist nichts anderes als die offizielle Rechtfertigung eines zweifellosen Verfassungsbruchs. Die neue Reichsverfassung kennt, wie wir bereits ausführlich, nur gewisse Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die vom Reichspräsidenten und bei Gefahr im Verzuge auch von der Landesregierung getroffen werden können, sie kennt aber keinesfalls einen Belagerungszustand. Das Tuscheln des „Belagerungszustandes“ in Deutschland nach dem Gesetz von 1851 bestand u. a. darin, daß die vollziehende Gewalt auf die Militärbehörden überging. Die Anordnungen jener Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit nach der neuen Verfassung aber gibt dem Militär nicht die geringsten Rechte; auch kennt die Verfassung das Wort Belagerungszustand überhaupt nicht. Die Regierung darf sich höchstens der Truppen als Honorary-Beauftragter zur Durchführung der von ihr angeordneten Maßnahmen bedienen; jede selbständige Maßnahme der Truppen aber bedeutet einen Verfassungsbruch.

In doppelter Weise rechtfertigt obige offizielle Darstellung den gelaufen Verfassungsbruch: erstens, indem sie die Verhängung des „Belagerungszustandes“ an sich für rechtmäßig erklärt, und zweitens, indem sie dem Kommandeur der Truppen das Recht zur Verhängung der nach ausdrücklicher Vorschrift der Verfassung nur dem Reichspräsidenten oder der Regierung zu beziehenden Maßnahmen zuspricht. In Wirklichkeit handelt hier nicht etwa der Kommandeur auf einen Befehl der Regierung — ein Befehl, der, wie gezeigt, auch verfassungswidrig wäre —, sondern die Regierung best in unzulässiger Erniedrigung jeden Verfassungsbruch der Militärs.

Es ist bezweifelnd, daß der „Vorwärts“, der nach vor wenigen Tagen so tat, als ob er den Willen zum Austritt gegen den Belagerungszustand habe, die Nachsicht von der geschloßen und verfassungswidrigen Verhängung des Belagerungszustandes formallos widerlegt. Als Hof Redner, der ihn vor aller Öffentlichkeit rüffelt, wenn er etwas anderes sagt als er — von anderem Handeln kann ja schon gar nicht die Rede sein — kann er ja auch gar nicht anders.

Wenn Hellmann leugnet.

Herr Hellmann bezieht sich in seiner sog. „Sozialistischen Korrespondenz“ die antisozialistische Bewegung in Schluß zu nehmen. Er behauptet, daß diese in feinerlei Hinsichtungen zur Regierung liege. Den Inhalt des von uns abgedruckten Schreibens der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus erwähnt Herr Hellmann mit keinem Wort. Wohlwollend! Nun in diesem Schreiben werden die unabweisbaren Zeichnungen zwischen der Regierung und der antisozialistischen Gesellschaft einwandfrei klar gelegt. Daß diese Zeichnungen tatsächlich bestehen, war zwar ohnehin kein Geheimnis mehr. Das Schreiben liefert sogar nur den schriftlichen Nachweis für eine längst bestehende Tatsache. Herr Hellmann scheint nun eine unangenehme Störung der guten Beziehungen zu beabsichtigen. Er leugnet deshalb, wie es seiner Art entspricht. Wenn aber Hellmann etwas abstreitet, weiß jedermann, daß die Wahrheit durch nicht bezweifelt wird. Seine Abkennungsbemühungen sind immer nur eine Bestätigung von feststehenden Tatsachen.

Mitfahr der Kriegsgefangenen. Die französische Regierung hat Maßnahmen getroffen, daß in ihrer tausend Krieg- und Kriegsgefangene, die aus Schwidow kommen, beimgeschafft werden können, um an der Abstimmung in Nordschidow teilnehmen zu können.

Als englischer Geschäftsträger in Berlin wurde Lord William Selbory, der frühere Privatsekretär von Sir Edward Grey, ernannt. Er wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten am Mittwoch antreten.

Bezeichnung der weiblichen Abgeordneten in England. Bis jetzt sind bereits 94 Frauen als Kandidaten für die Londoner Gemeinderatswahlen angesetzt worden. Früher gab es in ganz England nur 30 weibliche Abgeordnete. Die Mehrzahl dieser Frauen gehört der Arbeiterpartei an.

Neue Vorkommnisse sind in Deutsch-Neuguinea entdeckt worden, deren Wert von amerikanischen und australischen Nachreuten bestätigt wurde. Die Britische und australische Regierung haben je 50000 Pfund Sterling für weitere Untersuchungen bewilligt.

Das kanadische Parlament hat den Friedensvertrag mit Österreich genehmigt.

Das Belgien des Ostens / von A. Stein

Reich illustriert

FREIE WELT

Heft 23

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

... und so-o-billig-sagt Mutti!



Die Ansicht, daß für unsere Kleinen das Schöne gerade gut genug sei, ist auch die unsere und deshalb haben wir von je Wert darauf gelegt, unsere

Bacsisch- und Kindermäntel

mit den gleichen Reizen und Schönheiten auszustatten, die Ihnen Ihre eigene Kleidung so begehrenswert machen

Daß wir trotzdem auch in

Kindermänteln

unsere bekannte Preiswürdigkeit aufrecht erhalten, das sehen Sie aus diesen beiden entzückenden Beispielen:

Schottenmantel

außerordentlich kleidsam, aus grau-grün kariertem, warmhaltendem Stoff, gut verarbeitet, mit hübschen Kragen und Taschen

je nach Größe von 49.- an

Wintermantel

aus einfarbigem, sehr molligen Kaufmännischen Stoff, mit sehr niedlichen Knöpfen und kleidlichem Gürtel

je nach Größe von 48.- an

Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Zum Centraler Bahnhof

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am 7. Uhr: 's Junfermann.

Opernhaus 7 Uhr: *Viole ta.*

Schauspielhaus 8 Uhr: *Peer Gynt.*

Deutsches Theater 7 Uhr: *Cymbeline.* Freitag 6 Uhr: *Othello.*

Kammerpiele 7 Uhr: *Im Zwanzig.* Freitag 7 Uhr: *Die Döckel der Pandora.*

Königsgräzer Straße Zum 1. Male: *Schloß Wetterstein* von Frank Wedekind.

Freitag: *Ein Traumspiel.* Sonntag: *Schloß Wetterstein.* Montag: *Ein Traumspiel.*

Komödienhaus 10 Uhr: *Liselott*

Berliner Theater 7.30 Uhr: *Bummel-Studenten*

Lessing-Theater 7.30 Uhr: *Christa die Letzte.*

Deutscher Künstler-Theater 7.30 Uhr: *Der Blaufuchs.*

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*

Trimmion-Theater. Täglich 8 Uhr: *M. skerade.* Sonntag 4 Uhr: *Johannesfeier.*

Cosino-Theater 7.30 Uhr: *Großstadt-Pflanzen*

Wintergarten. 7.30 Uhr: *Vorlesevorstellung*

Rose-Theater 7.30 Uhr: *Das Gesetz.*

Apollo-Theater 7.30 Uhr: *Die Welt im Jahre 2000*

Theater am Köpenicker Tor. Täglich 7.30 Uhr: *Sitte-Sänger*

Königsplatz-Theater 7.30 Uhr: *Die Welt im Jahre 2000*

Circus Busch 7.30 Uhr: *keine Boxkämpfe*

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*

Lessing-Theater 7.30 Uhr: *Christa die Letzte.*

Deutscher Künstler-Theater 7.30 Uhr: *Der Blaufuchs.*

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*

Vergnügungs-Palast "Groß-Berlin"

Internationale Box-Kämpfe Heute

Wandlungswagen, Marke Hildburg

Prozesse Alexanderstr. 45.

Elektromotoren

Zigaretten

Maria Evere

Lya Mara

Spezial-Arzt

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*

Lessing-Theater 7.30 Uhr: *Christa die Letzte.*

Deutscher Künstler-Theater 7.30 Uhr: *Der Blaufuchs.*

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*



Holzwarenfabrik Hildburghausen

Wandlungswagen, Marke Hildburg

Prozesse Alexanderstr. 45.

Elektromotoren

Zigaretten

Maria Evere

Lya Mara

Spezial-Arzt

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: *D. höhere Leben*

Walhalla-Theater 8 Uhr: *Eine Frau wie Du.*

Lessing-Theater 7.30 Uhr: *Christa die Letzte.*

Deutscher Künstler-Theater 7.30 Uhr: *Der Blaufuchs.*

Platin Gramm höchste Preise, Gebisse bis 850 M.

Frau Linke, Bücherstraße 40.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete Hereditäre Krankheiten.

Arbeiter-Sekretär für Rechenschafts- und Bilanzarbeiten.

Agitationsbezirk Groß-Thüringen U.S.P.D.

Partei-Sekretär gesucht. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Botenfrauen stellt ein: Speidlon Bernsee, Steg 112, Mommsenstr. 56.

Facharzt Dr. Meyenbergs Geschlechts- u. Hautkrankheiten.

Treibriemen kauft Weick Sonnaburger Straße 9, nach 5 Uhr.

Orig. Gold-Finke pro Mille 200 M., Blue Boys 200 - The Flag 300 - Alle Zigarren 1. Hand sofort greifbar.

Schreibmaschinen schreibbare Schritt, auszuhalten, kauft sofort gegen Kaution.

unter-esslar Resultat sowie sämtl. Altkonten, Metall- u. Kassenbücher, Kassenbücher, Kassenbücher, Kassenbücher.

Kostenlose Reinigungen allerbilligste Preisführung, Beschädigungen, Altkonten, Stralschäden, Beobachtungen, Ermittlungen, Dresden, Straße 111, Aufgang 2, auch Sonntags Vormittag.

Zahngobiasen Goldschmelze, Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend.

Platina Gold, Silber, höchste Tagespreise.

Quecksilber 1 Kilo bis 50 Mark kauft Metallkontor.

Platin kauft Metallkontor.

Elektromotoren Gleichstrom, Drehstrom, kauft Ingenieurbüro Schlöthling.

elektrische Kabelleitung, Litzen, Kabelleitung, Litzen, Kabelleitung, Litzen.

Am 19. d. M. Folge Herabschlag mein leiser Mann und unser lieber Bruder, der Krankenkassensprekator.

Franz Fuhrman im Alter von 49 Jahren. Die Beerdigung findet am Freitag den 24. d. M. nachm. 4 Uhr, auf dem Südwest-Kirchhof in Ständort statt.

Anna Fuhrmann Aut. Fuhrmann, Nosske, pl. 1890.

Die Blutaten Weißer Garden in München vor Gericht.

Aus Mangel waren wir gestern leider gezwungen gewesen, den Bericht über den ersten Verhandlungstag in stark gekürzter Form wiederzugeben. Infolge der außerordentlichen Bedeutung der Ergebnisse dieses Verhandlungstages jedoch, der zum ersten Male der gesamten Öffentlichkeit wenigstens einen kleinen Auschnitt aus dem furchtbaren Wüten und Worden Weißer Garden in München offenbart wurde, geben wir nachträglich im folgenden die von uns noch nicht veröffentlichten Verhandlungen dieses Tages im wörtlichen wieder:

Nach der Verlesung der Anklage erfolgte die Vernehmung des Hauptangeklagten Müller. Er erklärte: „Ich war damals ohne Beschäftigung und lebte in Bayern einige Flugblätter, daß in München ein „großer Saustall“ sei, weil dort die Spartakisten haften. Da bin ich dann zum freiwilligen-Schützenkorps gegangen. Unsere Vorgesetzten sagten uns, bei dem Vormarsch auf München würden uns die Augen um die Ohren pfeifen. Wir sollten keine Rücksicht nehmen, sondern

verfümmelt worden. Einem war ein Auge herausgeschlagen worden und auch sonst wurden die Leute fürchterlich zugerichtet.“ Angeklagter: „Auch danach habe ich nichts gesehen. Ich kam ja erst ganz spät hinzu.“ Vorsitzender: „Was geschah dann im Keller?“ Angeklagter: „Es ließ, sie sollten sich alle niederlegen.“ Vorsitzender: „Wer sagte das?“ Angeklagter: „Ein Vorgesetzter.“ Vorsitzender: „Sie sollen aber irgendwelche Verfehle überhaupt nicht abwarten, sondern gleich weitergemordet haben. Sie sollen gerade einer von denen gewesen sein, die kommandierten: Niederlegen! Sie sollen sogar den ersten Befehl zum Erschießen gegeben haben.“ Angeklagter: „Das kann keiner von mir behaupten.“ Vorsitzender: „Sie sollen auch noch

die Spartakisten kurzerhand niederschlagen, um unser eigenes Leben zu retten.“ Es seien fast alles Ausländer, Russen, Ökonomie und anderes Gesindel, das mit ausländischem Geld unterstützt werde, um die Münchener Bevölkerung ins Unglück zu stürzen. Es wurde uns wiederholt gesagt, daß wir durchschreiten sollten, weil die Spartakisten lauter Lumpen seien, und auch keinen Schonen, denn sie würden uns auch erschlagen. Es wurde uns auch gesagt, daß die rote Armee einen Preis von 300 Mark auf den Kopf eines jeden Reichswehrsoldaten aufgelegt habe und unser Hauptmann Hoffmann erklärte uns ausdrücklich, wir sollten, wenn wir einen Spartakisten ermittelten, gleich von der Waffe Gebrauch machen. Am 6. Mai bekamen wir etwas Wein von der Kompanie und ich hatte meinen gerade ausgeglichen, als uns gesagt wurde, daß wir an diesem Tage keinen Ausgang hätten. Da ich aber in München noch nie vorher gesehen habe, ging ich trotzdem auf die Straße, und zwar in Begleitung einiger Kameraden, darunter der Mitangeklagte Kreiner. Wir kamen in das Restaurant „Zur Stadt Straßburg“, wo wir ein Glas Bier tranken. Auch dort wurde über die Spartakisten sehr geschimpft. Wir gingen fort, als eine Schieberei auf der Straße begann. Diese rührte von einem Gefangenentransport her, der die Straße herunterkam. Alles schrie: „Das sind Spartakisten, die gehören alle erschossen!“ Mehrere Vorposten und auch wir Mannschaften schloßen uns dem Zug an. Wir trauten wiederholt, was denn das für Leute seien. Darauf ließ es, die habe man in einem Hinterzimmer eines spartakistischen Vereinshauses verammelt gefunden. Wir zogen dann mit und hörten plötzlich einen Schuß fallen. Gleich darauf fiel ein Sanitätsbergmann im Zuge tot zu Boden.

auf die am Boden liegenden Opfer eingestochen haben.“ Angeklagter: „Das ist ausgeschlossen.“ Vorsitzender: „Sie sollen so furchtbarlich zugeschlagen und gestochen haben, daß sich Ihre Waffe krummbog.“ Angeklagter: „Es tut mir leid, wenn ich das getan habe, dann habe ich es nur meinen Herden zu verdanken.“ Vorsitzender: „Sie haben, nachdem Ihre Seitengewehr unbrauchbar geworden war, noch das Seitengewehr eines Kameraden mit dem Bemerkung verlangt, das Ihrige siehe immer mehr.“ Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dessen Seitengewehr vor, das an der Spitze vollständig krummgebogen ist und bemerkt: „Sehen Sie sich das an, wie ein Messer haben Sie gearbeitet. Sie haben noch den Standpunkt vertreten, die Leute seien überhaupt keine Feinde wert, man solle sie alle erschlagen.“ Angeklagter: „Das war nur die allgemeine Ansicht.“ Vorsitzender: „Die Zeugen werden es Ihnen sagen. Einem der Getöteten haben Sie drei Hiebe über den Kopf gegeben, daß ihm das Hirn aus dem Kopf herausgespritzte.“ Angeklagter: „Das ist doch ausgeschlossen.“ Vorsitzender: „Lassen Sie doch das Wort beiseite. Die Zeugen sind sicherer in ihren Aussagen als Sie. Sie lagen ja selbst, daß Sie nichts mehr wissen.“

Der Vorsitzende richtete dann an den Angeklagten die Frage, was er in bezug auf die Mitangeklagten wisse. Angeklagter: „Ich weiß nichts.“ Vorsitzender: „Dann müssen Sie inzwischen für Gebächnisse verloren haben, denn in der Voruntersuchung haben Sie vor allem Ihren Kameraden Malowski in schwerster Weise beschuldigt. Der Malowski soll auch einem der Getöteten die Schube ausgegossen haben.“ Angeklagter: „Das ist richtig.“ Vorsitzender: „Hat er nicht auch mit dem Dolch geschossen und das Kommando zum Hinlegen erteilt?“ Angeklagter: „Ich glaube wohl, daß ich das angegeben habe, kann es aber heute nicht aufrecht erhalten. Wenn ich alles aufrecht erhalten wollte, was ich damals in der Aufregung gesagt habe, so müßten mindestens 20 Personen mehr auf der Anklagebank sitzen.“

Der zweite der Angeklagten, der Vigelandebel Malowski, bekundet, daß er an dem Nordtore abends dienstfrei gewesen sei und im Kaffee Maria Theresia gefessen habe, als gegen 9 Uhr abends der Zug der Gefangenen vorübergekommen sei und ein Vigelandebel ihn gebeten habe, auf die Leute mit Obacht zu geben. Er sei dann bis zum Karolinenplatz mitgegangen. Er habe dann den Hauptangeklagten Müller in schwerer Weise. Müller habe sofort das Seitengewehr gezogen und auf dem Hof gleich mit dem Revolver geschossen. „Ich sah“ so erklärt Malowski weiter, wie Müller am tollsten zuschlug. Ich selbst habe nichts getan, sondern war lediglich bemüht, die Leute in Sicherheit zu bringen.“ Vorsitzender: „Sie sollen aber auch mitgearbeitet haben.“ Angeklagter: „Ich hätte kein Ehrgeschäft, wenn ich Leute erschossen hätte, die nichts getan haben.“

Der dritte Angeklagte Grabach will in den Hof des Hoflokals gesteuert sein und hier auf dem Hof bereits sieben bis acht Mann erschossen gefunden haben. Müller habe gerade ein weiteres Opfer hinaus und brachte den Mann an die Mauer. Der Angeklagte Grabach sagt aus, daß er Müller zurückhält, aber es war schon zu spät. Er hatte dem Mann bereits

Schläge über den Kopf gegeben, daß das Gehirn heraussprang. Da sich der Unglückliche noch etwas bemerke, gab er ihm einen Gnadenschuß. Weiter habe er nichts gemacht. Müller arbeitete geradezu wütend, mit dem Revolver, wie auch mit dem Seitengewehr. Gnadenschuß gibt an, er habe gesehen, daß den Toten Wertgegenstände abgenommen wurden. Nach meiner Ueberzeugung war Müller betrunken.

Der vierte und letzte der Angeklagten, Kreiner, erklärt, daß an dem Nordtore pro Mann ein halber Feld-Teller Wein verteilt worden sei. Er habe auch davon getrunken. Nachdem er in Gesellschaft Müllers das Restaurant „Zur Stadt Straßburg“ verlassen habe, hätten sie den Gefangenentransport getroffen, worauf Müller sich sofort absonderte und auch geschossen habe. Als er keine Patronen mehr hatte, nahm er sein Seitengewehr. Er selber habe nichts begangen,

Es wird dann in die Beweisaufnahme eingetreten. Der Gerichtsbarg befundet, daß der Angeklagte Müller wohl infolge der langen Fahrt und des Beingschusses erregt gewesen sein könne. Für sein Tun sei er jedoch verantwortlich.

Die Beweisaufnahme brachte zunächst die Vernehmung der Hauswirtschafterin Bacher. Sie bekundet, daß ihr Mann Führer des katholischen Hofes war. Die Soldaten drangen sofort mit dem Ruf: „Wo sind die Spartakisten?“ und „Hände hoch!“ in den Saal ein, so daß es gar nicht möglich war, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Der Zeuge Fischerpfele Acher hat den ganzen eckigen Zug nach dem Karolinenplatz und die Erschießungen auf dem Hof und im Keller miterlebt, ist dabei verwundet worden und wurde später von den Hinterbliebenen zum Vorführer ihrer Ansprüche an die Gardedivision ernannt. Er bekundet unter gleichzeitigen heftigen Angriffen gegen die Division, ihre Führer und Soldaten, daß die Zusammenkunft keineswegs politischer Natur gewesen sei. Die Soldaten hätten sich von Anfang an äußerst roh und brutal benommen. Sie zogen bereits im Hof ihre Revolver, gaben Schüsse ab und schlugen auf dem Transport mit den Häupten auf die Mitglieder des Vereins ein. Der Feldwebel Malowski habe sich besonders gemein betragen. Bei der Durchsichtung nach Waffen habe der Zeuge dem Hauptmann v. Sutterheim wiederholt erklärt, daß ein Irrtum vorliege, da man keine Spartakisten, sondern Gefangen vor sich habe. Der Hauptmann habe jedoch erklärt, das gleiche ihm nichts an, und buchte es auch, daß Malowski und dessen Leute auf die Gefangen einschlugen. Der ganze Transport sei begleitet worden von den Muten der aufgeregten Soldaten:

„Ihr werdet alle erschossen!“

Auf die Erklärung, daß sie Mitglieder des katholischen Vereins seien, habe man sie mit Ausdrücken wie „Katholische Schweinebande“ mißhandelt. Im Hof des Hauses am Karolinenplatz seien gleichfalls Schüsse. „Ich wußte nicht“, so erklärt der Zeuge, „daß in diesem Augenblick bereits einige meiner Freunde getötet wurden. In der Vorzeit hand Malowski. Wir wurden auf seinen Befehl nach Woffen durchsucht. Dabei bekam ich einen Schlag ins Gesicht, daß mir die Oberlippe blaute. Ich machte Malowski darauf aufmerksam und bekam als Antwort einen Stoß ins Gesicht, daß ich in den Keller fiel. Ich bilde mir nun ein, daß wir dort verhört werden würden. Das war jedoch nicht der Fall. Ich rief: „So weit ist es doch mit uns noch nicht gekommen in Deutschland, daß man uns ohne Untersuchung erschließen wird!“ Aber in diesem Augenblick knallten bereits mehrere Schüsse und ich sah, wie meine Freunde nach und nach umkamen. Der Hauptmann Sutterheim war in der Driener Straße zurückgeblieben. Er rief noch wiederholt, man solle auch dort vernehmen, aber die Leute waren wie wahnsinnig. Malowski hat auch mit dem Revolver in der Hand den Befehl zu unserer Niederschießung gegeben. Ich bin es

meinen Freunden schuldig, daß die ganze Schießerei hier aufgeführt wird.

Wir verlangen offenes Gericht und keine Vertuschungen, wie sie das Gericht der 2. Garde-Infanterie-Division in diesem Fall verübt hat. Wir müssen dieses Gericht dafür haftbar machen, daß nichts zur Aufklärung der Mordtat geschah ist. Ich will dem Volksgerecht keinen Vorwurf machen, weil wir noch nicht wissen, wie es urteilt wird, aber wir müssen das Gericht der 2. Garde-Infanterie-Division dafür haftbar machen, daß seine Chargen von oben bis unten und alle seine Leute verfaßt haben. Nichts ist von diesem Gericht geschah, um unsere armen Freunde zu retten, zu rehabilitieren und ihre armen Hinterbliebenen vor bitterer Not zu schützen. Nicht einmal eine Sektion der Leichen ist angeordnet worden. In höchster Erregung ruft der Zeuge aus: „Ja, meine armen Freunde, ich will euch rächen, ich habe gesehen, wie du, lieber Josef, als Leiche dalagst, der man die Nase ins Gesicht getreten hatte, und du, armer Klemens, dem man den Hinterkopf einfach weggeschlagen hatte. Ich richte die Frage an den Herrn Vorsitzenden: Wo ist das Sektionsprotokoll über den Leichenbefund?“ Vorsitzender: „Ich weiß, daß es nicht bei den Akten ist.“ Zeuge in höchster Erregung: „Rein, das ist es ja eben; die Garde-Division hat alles verheimlicht, was die Schweißhaft bei der Tat hier auch Licht bringen könnte.“

Ich hatte damals mit meinem Leben abgeschlossen, und nur dadurch, daß sich ein außerordentlicher Geschehnis fand, der mich unter den Toten und Schwerverletzten hervorrag und laufen ließ

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript abgetragen von Germania zur Wähler. Genossin Mary Allen, die alle Menschen liebte, ergriff das Wort. — Wären diese Arbeiter in einer Grubenkatastrophe, die aus verdrängter Raskäufigkeit und Proflitstuch entstanden war, ungeskommen, wären sie an einer durch ihr Gewerbe verursachten Krankheit gestorben, wären sie in einem Feuertod getötet worden, weil es keine Notausgänge gab — niemand in Wall Street hätte ein Kriegsgericht angestimmt. Dies wußte jeder Sozialist, jedem Sozialisten war klar, die Ungeheuerlichkeit des „Lustania“-Verbrechens bestehe darin, daß es die Privilegierten berührt und beschädigt hat, jene Leute, die zählen, deren Namen in die Zeitung kamen, die von nichts, auch nicht vom Kriege, belästigt werden durften. Jimmie Higgins, der diese Worte verschlang, teilte seine Gefühle in Entsetzen über die Tat der Deutschen und in Wut über das Geschrei der Wall Street-Leute.

Dann sprach Emil Forster, und er wurde, wie stets, ruhig angehört. In diesem Streit, meinte er, hätten, wie bei jedem Streit, beide Parteien zugleich recht und unrecht. In der Frage lägen etliche amerikanische und englische Kinder gegen Millionen deutscher Kinder, welche die englische Regierung auszuheben wolle. Die britische Seemacht wolle sich behaupten — und es lag in ihrer Macht, den größten Teil der Presse zu beherrschen. England appellierte an das, was es „Geld“ nannte, das heißt, an jene Gebrauche, die ihm bisher bequem gewesen waren. Britische Kreuzer durften Schiffe anhalten und durchsuchen, Unterseeboote war das nicht gestattet. All die schönen englischen Worte über Gerechtigkeit und Menschlichkeit liefen darauf hinaus, Deutschland seiner einzigen wirksamen Waffe zu berauben. Außerdem sei es noch fraglich, ob es ärger ist, Menschen rasch zu ertränken, als langsam verhungern zu lassen.

Nun kam die wilde Bill auf. „Diese Streitereien über Deutschland und England verunsichern mir Leib und Leben! Seht ihr denn nicht, ihr Idioten, daß ihr damit das Spiel eurer Herren spielt? Da streitet ihr untereinander,

anstatt die Arbeiter auszurüsten, euch für den wahren Kampf vorzubereiten.“ Starkewitz stimmte ihm bei: „Ich hasse den Krieg, weil er die Arbeiter uneinig macht. Der Krieg hat keine einzige gute Seite!“ Der wilde Bill lächelte sein schiefes Lächeln. „Das stimmt nicht, der Krieg gibt den Proletariaten Waffen in die Hand und lehrt sie den Gebrauch derselben. Wie, wenn sie eines Tages die Waffen rückwärts richten und ihre eigene Schlacht schlagen?“

III.

Genosse Gerrity rief zur Ordnung und versuchte, die Tagesfragen zu erledigen. Es wurde das Protokoll der vorhergehenden Versammlung verlesen, über die Aufnahme neuer Mitglieder abgestimmt, dann erhob sich Genossin Mary Allen, um für das Zeitungskomitee Bericht zu erstatten. Die Summe war beinahe, die erste Nummer des „Arbeiter“ würde im Verlauf der nächsten Woche erscheinen; nun gelte es für alle Mitglieder, die Propaganda der Zeitschrift zu betreiben. Genossin Mary, mit dem mageren, begeisterten Gesicht der religiösen Fanatikerin, steckte alle mit ihrem Enthusiasmus an.

Alle, außer dem Rechtsanwalt Norwood. Seit Dr. Service die Ortsgruppe verlassen hatte, war er der bauchschlächteste „proletarische“ Störenfried. Er erging sich nun in einer kleinen Rede. Die Mitteilung, daß das nötige Geld so schnell zusammengekommen sei, habe ihn angenehm überrascht, doch wären ihm auch gewisse Zweifel aufgestiegen; er habe Erkundigungen eingelesen und entdeckt, daß hinter der Sache ein Geheimnis stehe. Es war verflücht worden, die neue Wochenschrift werde den Streit der Empirer-Arbeiter lösen; und selbstverständlich wisse heutzutage jeder, wer die unheilvollen, gewaltigen Mächte sind, die in Munitionsfabriken Streiks organisieren.

Der wilde Bill sprang von seinem Sitz auf. „Hat der Genosse etwas dagegen einzutenden, wenn die Munitionsarbeiter den Stillstandtag fordern?“

„Nein,“ entgegnete Norwood, „selbstverständlich nicht; wenn wir aber zusammen mit anderen in den Kampf ziehen, so müssen wir wissen, wer sie sind und was für Ziele sie verfolgen. Es wurde mir mitgeteilt — man scheint die Sache ungern zu sagen —, daß ein Mann eine große Summe gegeben hat, und niemand weiß, wer der Mann ist.“

„Es ist ein Organistator der A. F. U.“ krühte Jimmie Stranme durch den Raum. In seiner Erregung hatte er völlig sein Versprechen, das Geheimnis zu wahren, vergessen. „Wirklich?“ fragte Norwood, „wie heißt er?“

Keine Antwort.

„Hat er keine Papiere vorgezeigt?“

Erneutes Schweigen.

„Ich will keine Verdächtigungen...“

„O nein! Sie begnügen sich mit Andeutungen,“ wack der wilde Bill ein.

„Ich will nur, daß die Ortsgruppe genau wisse, worauf sie sich einläßt. Es ist in Desdoville kein Geheimnis, daß Geld vorausgibt wird, um in der Empirerfabrik Unruhen anzuzetteln. Zweifellos ist das Geld bereits durch viele Hände gegangen, seitdem es aus den Taschen des Kaisers floß; doch dürfen wir gewiß sein, daß seine Hände es dem von ihm gewünschten Ziel zuführen.“

Wilder räum brandete auf. „Wui!“ „Erbringen Sie Beweise!“ „Wart ihn hinaus!“ Die „wilderer“ Mitglieder hatten sich schon lange Norwoods entledigen wollen; dies schien eine günstige Gelegenheit zu sein.

Der junge Advokat jedoch beharrte auf seinen Worten, gab Schlag um Schlag zurück. Sie verlangten Beweise? Gätten sie von einer kapitalistischen Verführung erfahren, die bezweckte, die Gewerkschaften der Stadt zu vernichten, würden sie dann auch Beweise fordern? Und wenn der „Gerald“ in diesem Falle nach Beweisen fürte, was würden sie denken?

„Nurzum,“ brüllte Schneider, „Sie halten jeden Verdacht für gerechtfertigt, bloß, weil es sich um Deutschland handelt!“

„Ich weiß, daß er gerechtfertigt ist,“ erwiderte Norwood, „weil ein Streit! Deutschland zum Siege verblassen würde. Da braucht man gar keine weiteren Beweise; verhilft eine bestimmte Seite Deutschland zum Siege, so weiß man, daß für sie gearbeitet wird. Für Deutsche wikt dies am allerbesten, ja, ihr seid sogar stolz darauf, prahlt mit eurer Loyalität!“

Wilder räum ein Wutwort auf, diesmal aus Mary Allens Munde; sie schien einen Chor erwartet zu haben, blühte sich verpirrt um, da alle schwiegen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 22. Oktober 1919.

Das Reichsfinanzministerium.

Abg. Rosh-Düffel (Dnt.): Das Reichsfinanzministerium muß dafür sorgen, daß dem Reich nicht weiterhin große Werte verloren gehen. Für Spandau sollen bisher 200 Millionen unproduktiv verausgabt worden sein. Dort betreiben neben den Arbeitern noch Betriebskollektivisten, und daneben noch Gewerkschaftskollektivisten, die alle der Arbeit nur zusehen. Die Arbeiterkraft in Spandau verlangt, daß diese Personen befreit werden. Im Etat werden 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20 Millionen für den Neubau des Ministeriums des Innern gelordert. Wir haben jedoch Schächer, daß man keine neue Wohnung für den Reichspräsidenten zu bauen braucht. Diese Summen könnten erspart werden.

Generaldirektor des Reichsfinanzministeriums Weisling: Die Betriebe sind jetzt noch nicht aus den Verlusten heraus. Sie sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abzügen, die mit Verlust zu betragen sind. Die Gewährung von Beschäftigungsbefreiungen hat der Haushaltsausschuß abgelehnt, weil die Höhe in den Betriebsbetrieben schon früher wesentlich erhöht worden sind. Es ist nicht richtig, daß die Löhne niedriger als in der Privatindustrie sind. Wir brauchen große Steuern, in denen die Leute sich gegenseitig kontrollieren, denn es muß unbedingt festgesetzt werden. Es handelt sich im ganzen um eine Umstellung von 30 Betrieben. Die Beamten müssen den Arbeitern mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. Marck (D. V. P.): Wenn die Reichsfinanzminister in rücksichtsloser Kritik den Unabhängigen den Rang abzulassen versuchen, so zeigen sie damit, daß sie ihr Spiel für verloren geben.

Abg. Brühl (U. Soz.):

Die Arbeiterkräfte sind es gewesen, die zuerst die Verschleuderung von Staatsvermögen zu verhindern suchten. Bei der Schließung der Spandauer Werksstätten sind lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Unter dem neuen Kurs sind die gesamten Erzeugnisse der Revolution wieder verloren gegangen. Die Selbstverwaltung der Arbeiter besteht nur noch aus dem Papier. Wie kommt es, daß die Arbeiter, die der Unabhängigen sozialistischen Partei angehören, nicht mehr in die Staatsbetriebe hineingelassen sind? Der vom Minister angeforderte Gehaltswahl, nach dem den Arbeitern die ihnen durch die Umstellung der Betriebe erwachsenen Schäden ersetzt werden sollen, muß sobald als möglich kommen. Die Werke sollten lieber nach wirtschaftlichen und sozialen, als nach sozialistischen Prinzipien geleitet werden. Die Arbeiter müssen ein paar Pfennige Lohn in lange Verhandlungen und in Streiks einbringen, auf der anderen Seite aber zahlst man Gehälter bis zur Höhe von 20.000 Mk. monatlich. Unter getöntem Wirtschaftswort auf sozialistische Grundlage gestellt werden. (Beifall bei den U. Soz.)

Nach einer kurzen Berichterstattung des Ministerialdirektors Rauh wird die allgemeine Aussprache geschlossen und eine Entschließung der Reichstagspartei, die bestimmte Grundzüge für die Fortführung, Ausfüllung und Verwaltung der ehemaligen Heeresbetriebe aufstellt, angenommen.

In der Einzelberatung fordert Abg. Wieland (Dem.), daß auch der Reichstag im Reichsfinanzministerium die gebührende Stellung eingeräumt werde.

Abg. Stahl (Soz.): Das Treiben der Unabhängigen und Kommunisten ist schädlich an der Schließung der Spandauer Werksstätten. Der Treue einzelner mußte unbedingt geduldet werden. Unter dem Regime der Unabhängigen ist systematisch nicht gearbeitet worden. Die Privatindustrien haben sich wie Schwämme auf die Staatsbetriebe gestürzt. Die Privatindustrie hat sogar gefälschte Ausweise benutzt, um Material aus Spandau herauszubekommen. Meist sind Beamte schuld, die mit der großen Autorität in Verbindung stehen. Das Reichsfinanzministerium heißt im Vollmund Reichsüberwachungsamt. — Arbeiter müssen zu Wohnungen bereitgestellt, Truppen-Übersiedelung, soweit als möglich, für die Bedienung, Baracken für Kleinwohnungen fertig gegeben werden. Ueber die entlassenen 200.000 Arbeiter darf man nicht mit einer Handbewegung zur Tagesordnung übergehen, sondern man muß alles daran setzen, die Staatsbetriebe ungeschehen zu machen.

Abg. Zubeil (U. Soz.):

Abg. Stahl hat indirekt zugegeben, daß er an der Schließung der Spandauer Betriebe schuld ist und das unabhängige Arbeiter nicht mehr ausgenommen werden. Auch in den Staatsbetrieben zeigt der Verfall ein, das über 40 Jahre alte Arbeiter nicht aufgenommen werden. Für Offiziere waren Abfindungssummen vorhanden, für Arbeiter hat man keine Mittel. Hier wird sehr viel über Verweigerung geloggt, trotzdem gehen immer noch große Mengen ins Ausland. Auch in Kiel und Rastatt Staatsarbeitern müssen Willkür und Willkür werden.

Abg. Stahl (Soz.) findet keine Teilnahme an der Schließung der Spandauer Heereswerksstätten vorzuziehen, wird aber vom Reichspräsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß dies über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinausginge.

Der Etat des Reichsfinanzministeriums wird in Verbindung mit einem Ausschussbericht über die Willkürverhältnisse erörtert.

Nächste Sitzung, Donnerstag 1. Uhr: Etat des Reichsfinanzministeriums. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Landwirtschaftsetat.

Landwirtschaftsminister Braun gab der gestrigen Sitzung den Aufsatz. Er entgegnete dem Abg. Rippel auf dessen Forderung, die Verordnung über die Tarifverträge aufzuheben. Die Worte, die er fand, zeigten von einer erköstlichen Energie. Er gestrichelte das Verhalten der Landwirte, die über das Getreide auf dem Felde verhandeln lassen, als den Landwirten auch nur einen Pfennig Lohnzulage zu bewilligen. Die Rippel, Stempel, Rippel gerieten zeitweise ganz aus dem Häuschen. Das war ihnen neu, einmal von der Ministerkammer aus ganz gütig die Wahrheit gesagt zu bekommen. Als sich der Minister, unter Hinweis auf die ungenügenden Rückgangsgewinne der Landwirtschaft, gegen eine weitere Erhöhung der Getreidepreise aussprach, betrat sich in überaus feingebührender Weise die „patriotische“ Denkart der Agrarier, indem sie riefen: „Und was zaht das Ausland?“ Als das Volk dort hungert, wenn der Hunger durch Getreideverweigerung einen höheren Nutzen ergibt. Als der Minister schließlich versicherte, er werde sich durch seinen Angriff von konföderativer Seite von der eingeschlagenen Bahn drängen lassen, solange er das Vertrauen seiner Partei und der Weisheit des Hauses habe, erhoben die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Nationalen ein launenhaftes Gekröse. Ihren Willen nicht mehr als oberes Gesetz respektiert zu sehen, ist diesen Demokraten unvorstellbar. Was müßten sie wohl sagen, wenn wirklich sozialistische Politik in Preußen und im Reich getrieben würde?

Der Reichssozialist Wittich sprach mondes treffende Wort der Kritik zu dem gegenwärtig herrschenden Wirtschaftssystem. Aber aus dem Munde der Frage, auf die einzige Möglichkeit, auf der die Arbeiter herauszukommen, also er nicht ein, das wird unserer Redner vorbehalten bleiben, der in der heutigen Sitzung zu Worte kommt.

Der Deutschnationale Herr von der Olen greift den Landwirtschaftsminister wegen seiner Verordnung heftig an. Er schließt

sich dabei den gar nicht bloßen Scherz, sich als Vertreter des „Rechtsstandpunktes“ zu geben. Dann wolle er ein billigeres, aber durchaus zutreffendes Bild unserer Wirtschaftslage, nicht um anstößig zu erklären, sich bei seinen Meinungsäußerungen für bessere Abklärung landwirtschaftlicher Produkte einsetzen zu wollen, sondern um — in Spekulation auf sozialistische Wagnislosigkeit — noch schlimmere Zustände zu prophezeien, falls nicht von Staatsmitteln gegen die zunehmenden Agrarier abgesehen oder gar „sozialistische“ Politik getrieben werde. Die letzte „Geißel“ ist ja unter dem heutigen Regime gewiß nicht vorhanden. Aber wir sehen, daß die Junker auf dem Boden sind!

Ein Vertreter des Eisenbahnministeriums legte gegenüber den Angriffen auf die Schnellzugseinsparungen durch Herrn v. d. Olen dar, wie die Kohlen- und Kerosinpreise keine andere Wahl ließen und tatsächlich eine Verringerung des Transports dieser Barmittel eingeleitet sei.

Der Staatskommissar für Ernährungswesen erläuterte, welche Verhältnisse die sofortige und reifliche Aufhebung der Zwangsmaßnahme nach sich ziehen werde. Er erklärte aber auch, daß die Regierung nicht daran denke, die Zwangsmaßnahme länger aufrechtzuerhalten, als unbedingt erforderlich sei. Damit sich die Regierung eingehend beschäftigen sei die Frage, wie und wann die Zwangsmaßnahme am günstigsten abgebaut werden könne.

Nächste Sitzung, Donnerstag, mittag.

14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

(9. Verhandlungstag.)

In der heutigen Sitzung erfolgte die Weiterberatung des Statuts.

Ueber den Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung kommt es zur nennenswerten Abstimmung. Die Erhöhung wird mit 173 gegen 142 Stimmen abgelehnt, so daß es in Erwerbslosen- und Arbeitslosenunterstützung bei den alten Sätzen bleibt.

Von Ulmer-Bremen liegt ein Antrag auf völlige Streichung der Unterstufungen vor, der abgelehnt wird.

Am 1. März wird Verdoppelung des Sterbegeldes beschlossen. Für Unterstufungen bei außerordentlichen Vorfällen ist in Zukunft eine Genehmigung bei Bewandlungsstellen von 2000 Mark wie bisher 3000 Mark nicht erforderlich.

Zu einer lebhaften Debatte kommt es bei der Abstimmung über Erhöhung der Gehaltsregelungen und Streikunterstützung. Falls kein Bändel es, da die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt ist, nicht für berechtigt, daß Geld zusammengehalten wird, um das Streiken zu ermöglichen. Walsahn-Berlin spricht für den Antrag. Es muß bei wirtschaftlichen Kämpfen dafür gesorgt werden, daß die Streikenden vor Not geschützt sind, und doppelt berechtigt ist die Erhöhung in Anbetracht dessen, daß der Minister seine den Streikenden und Angehörigen beim letzten Kampf in Berlin die Erwerbslosenunterstützung entzogen hat. Der Vorschlag der Statutenberatungskommission, die Streik- und Gemeindegemeinschaften auf wöchentlich 24 Mk. für die Frau 8 Mk. für jedes Kind 8 Mk. zu erhöhen, wird abgelehnt, ein Antrag Rosh-Berlin, die Sätze auf 30 Mk. pro Woche, für die Frau 6 Mk. für jedes Kind 8 Mk. zu stellen, wird gegen 4 Stimmen angenommen. Die Bestimmungen über Rechtschutz, Rechtsanfrage an den Verband bleiben unverändert bestehen.

Anträge, Mitglieder, die sich den jetzt bestehenden Freiwilligen Fonds zur Verfügung stellen, auszuschließen, werden abgelehnt. Die Statutenberatungskommission gibt die Erklärung ab, daß in Fällen, in denen Mitglieder gegen die allgemeine massenhafte Rücksicht verstoßen, der Ausschuß geprüft werden soll. Damit erklärt sich die Generalversammlung einverstanden.

Sur Verwaltung des Verbandes

Wählt die Statutenberatungskommission vor: 3 Vorsitzende, 2 Kassierer, 4 Sekretäre, 10 Beisitzer, die von der Verwaltung gewählt werden, an der der Sitz des Verbandes ist, und weitere zehn unbesoldete Beisitzer. Der Vorstand vertritt den Verband nach innen und außen und ist auch berechtigt, durch behördliche Maßnahmen unumgänglich notwendig geworden Statutenänderung in Gemeinschaft mit dem Ausschuß und dem erweiterten Beirat vorzunehmen.

Diernitz erklärt sich die Generalversammlung einverstanden. Als Diernitz zu einem Antrag, über den bereits abgelehnt war, nochmalige Beratung fordert, kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die nochmalige Beratung wird mit 158 gegen 124 Stimmen angenommen. Es handelt sich um die Bestimmung, den Vorsitz führt der Dienststelle von den drei Vorsitzenden. Diernitz beantragt, daß der Vorstand aus sich selbst heraus diesen Vorsitzenden wählt. Nach eingehender Debatte wird der Vorschlag Diernitz angenommen.

Ein weiterer Antrag, eine Prüfungskommission einzusetzen, wird abgelehnt. Ferner wird Neuanstellung der Beisitzer beschlossen, und die Besetzung der Bezirksleitungen neu geregelt. — Besondere Aufmerksamkeit wird der Erhebung von Beisitzern der Bezirksleitungen zu überweisen. Das wird abgelehnt. — Abänderungsanträge für die Besetzung des erweiterten Beirates werden abgelehnt. Die Beschlüsse der Beisitzer und Bezirkskonferenzen werden neu geregelt. — Die Bestimmungen über die Einberufung werden neu geregelt. Die Bestimmungen über die Einberufung werden neu geregelt, zum mindesten aber jährlich einmal einberufen werden müssen.

Die Statutenberatung wird nun unterbrochen und in die Wahl des Vorstandes

Wahl des Vorstandes

eingetreten. Weisig-Frankfurt wendet sich gegen den Vorschlag des Kollegen Langhans zum Ausschluß, da er einen solchen Vorschlag zu belächeln völlig unzulässig ist. Weisig-Frankfurt wendet sich gegen diese Ausführungen, die nur persönlichen Motiven entspringen.

Auf Antrag erfolgt Schluß der Debatte. Die Wahl selbst wird durch Stimmzettelabgabe vorgenommen.

Die zur Bekanntgabe des Resultats beauftragt sich die Generalversammlung mit der Frage der Vertretung zum Internationalen Metallarbeiterkongreß. Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß die auf dem Berliner Verhandlungstag gewählte Vertretung von acht Personen nicht mehr zu Recht besteht, auch bei der höheren Mitgliederzahl nicht mehr ausreichend ist. Ueber die Stärke der Vertretung entspringt sich eine längere Debatte. Die Opposition schlägt 9 Vertreter, die eine längere Debatte. Die Abstimmung ergibt Annahme der Vorschläge von 9 Personen, die Wahl der Delegierten wird vertagt.

Es kommt zur Weiterberatung des Statuts. Anträge auf Abänderung der Bestimmungen der Generalversammlung werden, soweit sie durch die abgeordneten Beschlüsse notwendig sind, angenommen.

Zu den Bestimmungen über Arbeitsbeschäftigungen liegen Anträge vor, daß Arbeitsbeschäftigungen nur nach der Genehmigung der Ortsvereinigungen geschehen. Das wird abgelehnt. Die Anträge von Angriffsbewegungen wird von drei auf einen Monat vertagt.

Ein Antrag auf Streichung des § 11, der besagt: Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betrieblenden Mitglieder bindend, wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelagt, so verzichten dadurch die Mitglieder auf jegliche Unterstellung, wird abgelehnt.

Als Tag für das Inkrafttreten des neuen Statuts wird der 1. Januar 1920 in Vorschlag gebracht.

wurde ich gereizt, und ihm danke ich es, daß ich heute das Blut meiner Freunde von meinen Fingern verwaschen kann.“ Der Zeuge erklärt dann weiter, daß er noch seiner Freikassierung noch von einem preussischen Unteroffizier verdrängt worden sei und daß dieses Verdrängen jeder Beschreibung spottet. Nach der Rückkehr in seine Wohnung sei dort ein Offizier erschienen, um ihn zu verhaften, weil er angeblich die Rüge in München verbreitet haben sollte, daß am 21. kaiserliche Gefellenvereinsmitglieder von der Reichswehr ermordet worden seien. Er habe dann aber auf den Tatbestand verwiesen können. Die Vorzeichen hätten den Fjord verhängen können, aber gerade die Choren waren die treibenden Kräfte. Der Zeuge gibt dann noch an, daß die

Offiziere sich mit Nicht-Mannschaftsmännern aufgesetzt hätten, um während der Flucht unerkannt zu bleiben.

Auch das Gefellenvereinsmitglied Schütte beschuldigt das Garde-Divisionsgericht in schwerer Weise und behauptet, daß es parteiisch und im Interesse der Angeklagten bei seinen Erhebungen über die Vorgänge am Karolinenplatz verfahren sei. Gegen den amtierenden Staatsanwalt erhebt der Zeuge den Vorwurf, daß dieser nicht die Anklage auf Forders ausgehend habe, sondern nur wegen Loslösung gegen die vier Angeklagten prozessiere, neben denen übrigens auch deren Vorgesetzte und viele andere auf der Anklagebank sitzen mußten. (Zustimmung im Publikum.) Das, was am Karolinenplatz geschehen sei, sei noch der allgemeinen Volksstimmung entschieden Rorsch geblieben. Er habe den Verdacht, daß der Gefellenverein denunziert worden sei und daß auch die Patrouille mußte, um was es sich handelte. Malowski sei derjenige gewesen, der am Eingang zum Keller stand, jeden einzelnen der Gefangenen ins Gesicht schlug und ihn dann mit einem Brusttritt die Treterampe hinuntertrieb. Der Zeuge erzählt dann schreckliche Einzelheiten über die Vorgänge im Keller. Er sah dort zunächst einen Kameraden, dessen

Ruge half aus der Föhlung herausging.

was von einem Schlag mit einem Revolver betäubt. Dann habe der Angeklagte Müller angefangen, das Schießen zu kommandieren. Die Kameraden hätten sämtlich Platz auf dem Boden eingenommen und nirgends sei ein Versuch des Widerstandes gemacht worden. Als alles tot dalag, schien, kam Müller noch einmal in den Keller und noch mit dem Bajonett zur Sicherheit auf die Folgenden ein. Er habe wie ein Rehler gewaltet. Der Senior Rang des Vereins, der bereits schwer verwundet war, versuchte auch noch in diesem Augenblick, den juchzenden Jertum aufzuhalten, aber da sei Müller mit dem Bajonett auf ihn eingedrungen und habe ihm mit einem einzigen Stich den Schädel gespalten, daß das Gehirn herausströmte. Auch der Angeklagte Kreiner habe mit dem Bajonett um sich geschlagen und habe erklärt, jetzt müsse ein Ende gemacht werden. Für seine Vermutung, daß die Soldaten genau gewußt hätten, was sie vor sich hatten, führt der Zeuge an, daß die Gefellen durchweg als „kaiserliche Schneehunde, schwarze Brut und Saitbahnen“ bezeichnet wurden. Dagegen sei nicht von Sozialisten gesprochen worden.

Das 15jährige Gefellenvereinsmitglied Daehuber erzählt ebenfalls zu den wenigen, welche das Licht hatten, bei der Revolte mit dem Leben davonzukommen. Er gibt zu, daß an jenem Tage das Versammlungsrecht in München noch nicht wiederhergestellt war, die Zusammenkunft im kaiserlichen Gefellenvereinshaus keineswegs politischen Charakter getragen habe, sondern lediglich ein gemütliches Zusammensein der Mitglieder gewesen sei, bei dem man nur über Theaterangelegenheiten gesprochen habe. Kurz nach 9 1/2 Uhr stürzte als erster ein Soldat mit Rüge, also nicht im Stahlhelm, wie die Patrouille, in das Lokal mit dem Ruf:

„Haben wir Euch endlich, Ihr Hunde!“

Während dieser Zeit sei unten auf dem Hofe eifrig in die Luft geschossen worden. Draußen mußten die Mitglieder zu kriechen ansetzen, die Hände über dem Kopf hochhalten und im Trab laufen. In der Trennungstrasse schlossen sich die ersten unbedeutendsten Soldaten unbefugterweise dem Zug an. Unter Malowski und Müllers Führung begannen alsbald die Verhandlungen, an denen sich schließlich auch die Mannschaften im Stahlhelm beteiligten. In der Augenklinke verhielt der Hauptleiter Bahnermer die Verhafteten als kaiserliche Gefellenvereinsmitglieder zu legitimieren. Darauf hieß es: „Ruhig, oder wir schießen dich zusammen.“ Es waren verschiedene Offiziere zugegen, die jedoch die Gefangenen nicht gegen die Verhandlungen schützten. An der Ecke der Bräuner- und Angulienstraße wurde Halt gemacht, weil hier der Hauptmann v. Sutterheim erschien. Er mußerte uns, so belundet der Zeuge, und ordnete an, daß wir noch Waffen durchsucht würden. Es wurden aber keine gefunden. Malowski rief dabei den Ruf entweil. Mein Kamerad über das Hauptmann, ihn doch einige Worte sprechen zu lassen. Der Hauptmann rief jedoch: „Die Sache geht mich nichts an.“ Der Hauptmann muß gefahren haben, daß wir schwer mißhandelt wurden und muß auch gehört haben, daß wir uns als kaiserliche Gefellenvereinsmitglieder zu erkennen zu geben versuchten.

Als an mich die Rüge kam, hieß es: „Der hat ein Paar schöne Schuhe.“ Aber bald sah man von mir ab, mit dem Bemerkung: „Die patriotische Nummer ist mir zu klein.“ Dann hieß es: „Der Hund ist ja noch!“ Und damit sprang mir ein Soldat mit seinen Schüssen auf meinen Leib und trampelte auf mir herum, bis ich den Atem anhielt. Dann gingen alle auf und davon, weil offenbar die Unternehmung begann. Sonst wäre ich auch wohl betreten gewesen. Ich habe mich tot gestellt, bis ich wußte, daß keine Gefahr mehr war. Wie ich herausgekommen bin, weiß ich kaum. Es hieß zwar, wer noch lebte, solle sich zeigen. Aber ich wagte es nicht aus Angst, daß es nochmal losgehen würde. Ich habe einen Kopfschütteln und die Rüge mußte mir aus dem Genick herausgeschüttelt werden. Ferner habe ich einen Streichfuß am Arm. Der Zeuge, der drei Monate arbeitsunfähig war und nach jetzt an schweren nervösen Störungen leidet, erkennt die Angeklagten Müller, Malowski und Kreiner als Mörder wieder.

Ein weiteres Vereinsmitglied Hamberger, der durch einen Stich in den Kopf schwerverletzt worden ist und der mit gelähmtem rechten Arm erscheint, bestätigt die vorkommenden Mißhandlungen und ebenso auch, daß man bei ihm rief: „Da ist noch einer, Revolver her!“ Darauf habe ein anderer Mörder geschrien: „Nein, das für ist eine Rüge zu schade, Rüge ihn nieder!“ Der Zeuge erhielt dann zwei Stiche in den Kopf.

Als er wie tot dalag, zog man ihm die Schuhe ab und nahm ihm sein Weib.

Auch der Zeuge Wolff ist Mitglied des kaiserlichen Gefellenvereins und bestätigt, daß die Soldaten, die sich an den Transport herandringten, die schlimmsten gemessen seien. Wo es waren es preussische oder bayerische Mannschaften? Ruge: „Es fielen schon preussische Mädelche wie Saitbahnen, kaiserliche Saitbahnen usw.“, woraus ich jedoch, daß man genau wußte, man man vor sich hatte. Bei mir hieß es: „Dem schlägt ja der Puls noch.“ Darauf erhielt ich drei Stiche in die Brust. Als ich auch dann noch Lebendigen von mir gab, erhielt ich einen Schlag in den Kopf, worauf ich das Bewußtsein verlor. Auch dieser Zeuge belästigt Müller, Malowski und Kreiner und behauptet, letzterer habe ihm Schuhe und Strümpfe abgezogen und das Gefell abgenommen.

Es werden dann in langer Reihe verschiedene Soldaten benannt, welche sich ebenfalls an den Zug herandrängten und schließlich mit unter Anklage ständen, aber aus Mangel an Beweisen inzwischen außer Verfolgung gesetzt worden sind.

